

Unsere Heimat – Dialog für ein Brandenburg der Regionen

Kritische Bemerkungen von Götz Brandt

Positiv ist, dass hier ein Programm mit **vielen durchdachten Vorschlägen** für die Politikgestaltung vorliegt, an dem die Politik der Linken.PDS in Brandenburg gemessen werden kann. Das Programm ist **umfangreich** und man kann sagen, **fast vollständig**, was die Politikgebiete anbetrifft. Im folgenden sollen einige Schwachpunkte im Konzept angesprochen werden, die der Verfasser sieht.

Auffällig ist schon auf der ersten Seite, dass auch die Brandenburger Linken den Anspruch auf eine sozialistische Gesellschaft aufgegeben haben. Sie wollen sich nur noch in die bestehenden „gesellschaftlichen Verhältnisse einmischen“. Obwohl landauf und landab bekannt ist, dass es in der neoliberalen Gesellschaft des Kapitalismus das Recht des wirtschaftlich Stärkeren gibt und mehr als die Hälfte der Bevölkerung „ohne gleiche Lebenschancen von Geburt an“ kein „menschenwürdiges Leben“ führen, wird die „heutige wirtschaftliche und soziale Situation unserer Gesellschaft“ als gegeben hingenommen. Mit dieser Zielsetzung unterscheidet sich die Linke in der Zielstellung nicht einmal von der CDU, die auch die Chancengleichheit, Behebung „sozialer Notlagen“, Verteilung nach „der eingebrachten Leistung“ und nach „Bedürftigkeit für ein menschenwürdiges Leben“ (mit Hartz IV-Bezüge) auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Eigentlich ist das die „New Deal-Politik“ von Franklin .D. Roosevelt, der einen „organisierten Kapitalismus“ mit sozialem Antlitz anstrebte. Mich wundert es, dass die Genossen Konzeptschreiber sich nicht schämen, eine solche Politik aus der Mottenkiste gescheiterter Kapitalismuszähmung als Programm zu erklären. Ich will damit sagen, dass der „demokratische Sozialismus“ unbedingt in die Zielstellung der Partei hinein muss, sonst ist es keine Linkspartei. Ohne Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln sind die Zielstellungen, die im Papier genannt werden, gar nicht zu erreichen. Aber da man die „Politik einer Mitte-Links-Mehrheit“ anstrebt, muss man wohl generell auf den Sozialismus verzichten, sonst findet man keinen Partner in der „Mitte“. Damit können ja nur SPD und Grüne gemeint sein, die ja auch den Kapitalismus nicht abschaffen wollen. Die SPD scheut sich in ihrem Programm aber nicht, das Wort Sozialismus aufzunehmen. **Was ist an der Linkspartei noch links?** Eine solche Partei ist für mich nicht wählbar und keine Alternative zu den Parteigängern des Kapitals. Da kann ich dann bei der Wahl auch gleich zu Haus bleiben.

Wenn man schon erkannt hat, dass „der heutige Neoliberalismus... die gesamte Gesellschaft dem Primat einer bornierten betriebswirtschaftlichen Gewinnlogik unterordnet“ und eine „konsequente Abkehr vom Neoliberalismus“ fordert, „um der fortgesetzten Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Abwälzung der der Risiken, Verluste und Lasten auf Staat und Gesellschaft den Riegel vorzuschieben“, dann frage ich mich, wie man diesen Mechanismus ohne Einführung des Sozialismus zum Erliegen bringen will. Das zur Seite 5.

Die Hoffnung, dass der Staat eine „demokratisch regulierte Marktwirtschaft“ einführen würde, um alle Auswüchse des neoliberalen Kapitals zu bremsen, ist mehr als Utopie und Spinnerei. Jede Marktwirtschaft wird die Gesellschaft und die Umwelt schädigen, egal ob sozialistisch oder kapitalistisch, das haben wir, was die Umwelt betrifft, in der DDR erlebt. Die „Wettbewerbsordnung auf der europäischen Ebene“ soll nur gleiche Verwertungsbedingungen für alle Kapitalien herstellen und hat nichts mit der Steuerung oder Milderung der Ausbeutung zu tun. Mit der Zielstellung, dass sich der Staat gegen das Ausbeutersystem richten soll, wirkt man vielleicht revoluzzerhaft, ist aber in Wirklichkeit nur

ein Spinner. Der Staat ist so fest in den Händen der Monopole über Lobbyisten und eingeschleuste Monopolmitarbeiter, dass eine solche Zielstellung unrealistisch ist. Wenn es vielleicht so weit kommt, dass, um dieses Ziel zu erreichen, demonstriert wird (was die Brandenburger Linken bestimmt nicht organisieren), dann wird Schäuble längst Soldaten mit Schiessbefehl gegen diese Terroristen losschicken können. Ich vermisse eine **reale Einschätzung des Kräfteverhältnisses**.

Es hätte ja auch auf diese ganz Deutschland betreffenden Passagen verzichtet werden können und man hätte gleich mit den Forderungen nach etwas mehr Gerechtigkeit, Solidarität und demokratische Entscheidung vor Ort unter den gegebenen Bedingungen durch die Betroffenen beginnen können. Soviel zu Seite 6.

Nachhaltigkeit beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen zu sehen, ist bereits von NRO's widerlegt worden. Dazu gibt es in der Tagespresse gegenwärtig zahlreiche Artikel, die den Zusammenhang mit Hunger und Waldsterben beweisen.

Wohltuend ist die differenzierte Einschätzung der DDR-Vergangenheit anzumerken und die historischen Wurzeln der Mark Brandenburg sind anschaulich, kurz gefasst und objektiv. Bei der Aufzählung der Industriebetriebe, die in der DDR geschaffen wurden, hätte man noch hinzufügen können, dass das auch heute, wenn auch dezimiert, immer noch das wirtschaftliche Rückgrat Brandenburgs ist.

In der „Bilanz seit 1990“ hätte man schon einen Bezug zur „maroden DDR“ herstellen können. Wie war denn der ÖPNV, die Hoch- und Fachschullandschaft, die Kitas und Krippen, die Umweltsituation und die Arbeitslosigkeit und „Republikflucht“ damals und heute? Dann fällt die Bilanz nicht mehr so gut aus. Bei der Umweltsituation die Braunkohle gänzlich zu vergessen und dann noch von einem abnehmenden Flächenverbrauch zu faseln, ist schon ein starkes Stück. Bei der katastrophalen Situation der öffentlichen Haushalte kann man ja auch erwähnen, dass zu DDR-Zeiten die Haushalte ausgeglichen waren und Berlin/Brandenburg heute Schulden hat, wie die DDR zum Ende Auslandsverpflichtungen.

Die Begründungen und Zielstellungen zum Politikwechsel auf Seite 12 sind ganz ausgezeichnet und müssten aber noch untersetzt werden. Man könnte die Hälfte der Bürokraten entlassen, wenn man die Entscheidungen an die Basis verlagert.

Die „Leitmotive Brandenburger Politik“ sind gut und treffend formuliert und an den Zielstellungen habe ich nichts zu bemängeln. Aufgefallen ist mir aber, dass es einige Begriffe gibt, die nicht näher erläutert werden. Zum Beispiel: Was sind „alternative Lebensweisen“ im Unterschied zu „klassischer Erwerbstätigkeit“? Was ist ein „Grundkanon öffentlicher Leistungen“? Was ist eine „Bürgergesellschaft“? Was ist eine „moderne differenzierte Gesellschaft“? Sollen diese Begriffe nicht nur Worthülsen bleiben, dann muss man sie definieren und erklären.

Bei der Teilhabe am Wirtschaftsleben Seite 16 unten wird so getan, als ob die Politik einen nachhaltigen Arbeitsmarkt schaffen könnte. **Was kann denn die Politik im Wirtschaftsleben ausrichten?** Das bestimmen die Unternehmer und die Politik macht das was die Unternehmer wollen. So ist das bisher und wird auch so bleiben, solange die neoliberale kapitalistische Wirtschaft die Arbeitsmarktpolitik bestimmt. Diese Zusammenhänge müssten deutlicher gemacht werden.

Im Abschnitt über die öffentlichen Fonds (S. 17 Mitte) wird über die „natürlichen Grundlagen unserer Gesellschaft“ gesprochen, an der jeder Einzelne aktiv teilhaben soll. Was

sind das für Grundlagen? Das müsste erläutert werden. Ein Katalog gesellschaftlicher Aufgaben wäre zweckmäßig.

Bei „**Ökologie als Wirtschaftsfaktor**“ (S.18) wird viel zu stark auf Biokraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen orientiert und einseitig befürwortet. Die Nachteile dieser Entwicklung finden keine Beachtung. Das ist nicht ausgewogen. Es fehlt in diesem Abschnitt ein Hinweis, dass wir ein Erneuerbares Wärmegesetz brauchen, denn ein Drittel des Energieverbrauchs wird durch die Raumheizung verursacht und hier wäre ein ungeheurer Nachholbedarf bei Ausrüstungen für die Solarthermie zu befriedigen. **Sehr gut ist die Zielstellung, Brandenburg zu 100 % mit EE zu versorgen.**

Auf Seite 20 unten wird der IHK zum Munde geredet. Eine längere Lebensarbeitszeit bei einem diese Forderung ablehnenden Arbeitsmarkt für unausweichlich zu halten, ist eine CDU-Forderung, die man sich da zu Eigen macht. Allen ist bekannt, dass es sich nur um eine Rentenkürzung handelt.-

Auf Seite 24 wird behauptet, dass die traditionellen Märkte im Osten weg gebrochen wären. Das stimmt nicht. Sie wurden nahtlos von den Westfirmen übernommen und die konnten ihre Industriekapazitäten dadurch besser auslasten und bei uns wurden die Betriebe mit eben dieser Lüge geschlossen. Dazu gibt es Statistiken und Veröffentlichungen.

Auch die Beschreibung (S.25), dass sich in Brandenburg „einige leistungsstarke industrielle Kerne etablieren“ konnten, geht an der Wahrheit vorbei. Diese Kerne hatten sich zu DDR-Zeiten „etabliert“ und wurden nur fortgeführt, z.T. mit Einschränkungen.

Es wird viel zu wenig auf die tragende Säule des Wirtschaftslebens in Brandenburg, den KMU eingegangen. Auf diese Wirtschaftsform müsste sich die ganze Unterstützung der Regierung konzentrieren. Auf „Leuchttürme“ sollte man in Zukunft ganz verzichten und die dafür bereitgestellten Fördermittel an die KMU ausschütten.

Im ländlichen Raum will man „neue Wirtschafts- und Lebensweisen“ durch „regionale Produktionsprozesse gewährleisten“. Aber da wird nur wieder die fragwürdige Energierohstoffwirtschaft genannt, die das bewirken soll. Das ist nicht überzeugend. Wie soll denn eine Energieautonomie von Gemeinden aussehen? In Hessen gibt es schon ein Beispiel!

S.26 unten: Wieso sind Staat und Gesellschaft ohne Städte nicht funktionsfähig? Weil dort die Bürokratie sitzt? Die Wirtschaft und das Wohnen können ebenso gut dezentral funktionieren und funktioniert auch. Das müsste näher erläutert werden.

Seite 28 Mitte: Die modernen Agrarbetriebe bauen vorwiegend nur noch Getreide und Raps an. Wie sollen sie denn dann noch Verbindung zu lokalen und regionalen Marktstrukturen aufnehmen. Monokultur schließt eine lokale Bindung aus.

Auf der gleichen Seite unten wird das „neue soziale Kapital“ der zugereisten Personen (ehemalige Junker) gepriesen, die das dörfliche Leben auf ihre Art neu organisieren. Was soll das?

Auf Seite 29 ist die Rede von „neuen sozialen Netzwerken“. Welche sind das? Wo sind die Beispiele, wie solche Netzwerke gebildet worden sind und wer die Akteure sind?

Seite 34 beschreibt die Mehrheiten, die die Linke gewinnen will. Es sind Menschen, die eine „soziale und solidarische Gesellschaft“ wollen. Gleichzeitig wird gesagt, dass „mehr als 70 % der politischen Richtungsentscheidungen heute auf EU-Ebene“ getroffen werden. Und die

sind unsozial und unsolidarisch. Warum kann hier nicht auch eine antikapitalistische und antineoliberale Politik angemahnt werden? Die Wählermassen werden in diesem Programm kaum eine Alternative sehen. Die Wahlschlappe der Berliner PDS hat das gezeigt. Daraus wurde nichts gelernt.